

Politik kompakt

FRANKFURTER RÖMER

Polizei räumt „Blockupy“-Demonstration

Die Polizei hat am Donnerstagabend in Frankfurt den von Hunderten „Blockupy“-Aktivisten besetzten Rathausplatz Römerberg geräumt. Die Beamten sperrten alle Zugänge zu dem Platz und entfernten die von den Kapitalismuskritikern errichteten Zelte. „Blockupy“ hatte in der Finanzmetropole zu den mächtigsten Protesten gegen die Banken und die europäische Sparpolitik aufgerufen. Die Gerichte hatten die Veranstaltungen bis auf eine Großdemonstration am Samstag untersagt. (dpa)

EUROPÄISCHER RICHTSHOF

El Masri kämpft um sein Recht

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat sich mit der Grundrechtsbeschwerde des Deutschlibanesischen Khaled El Masri über seine Festnahme und Misshandlung in Mazedonien 2003 befasst. Nach wochenlangem Verhör war El Masri in Skopje an die CIA übergeben worden. Der US-Geheimdienst hatte den Mann aus Ulm wegen mutmaßlicher Verbindungen zu Terrornetzwerken mehr als vier Monate in einem Gefängnis in Afghanistan festgehalten und misshandelt, bevor er wieder freigelassen wurde, weil sich der Verdacht nicht erhärten ließ. Das Verfahren in Straßburg ist die letzte Möglichkeit für El Masri, eine Entschädigung zu bekommen. Zurzeit ist El Masri in der Nähe von Ulm inhaftiert. Er wurde nach seiner Rückkehr nach Deutschland mehrfach straffällig. (dpa)

ÄGYPTEN

Mubarak-Vertrauter als neuer Präsident?

Den jungen Revolutionären, die im vergangenen Jahr den ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak aus dem Amt gedrängt haben, droht ein böses Erwachen. Nach einer Umfrage der unabhängigen Tageszeitung *Al-Masry Al-Youm* könnte Mubaraks letzter Regierungschef, Ahmed Schafik, bei der Präsidentschaftswahl in der kommenden Woche mehr Stimmen erhalten als jeder andere Kandidat. 16,3 Prozent der Befragten erklärten demnach, Schafik sei ihre erste Wahl. Mubarak hatte Schafik Ende Januar 2011, kurz vor seinem Rücktritt, noch vom Luftfahrtminister zum Ministerpräsidenten befördert. Als der Oberste Militärrat die Macht übernahm, wurde Schafik jedoch sofort wieder abgesetzt. (dpa)

SYRIEN

Deutschland schickt Militärbeobachter

Die Bundesregierung will die UN-Beobachtermission in Syrien mit deutschen Soldaten unterstützen. Das Kabinett beschloss die Entsendung von maximal zehn unbewaffneten Militärbeobachtern, die den UN-Einsatz zur Überprüfung des brüchigen Waffenstillstands in dem Krisenland verstärken sollen. Zunächst soll aber nur ein Stabsoffizier für die 300-köpfige UN-Mission nach Syrien entsandt werden. Der UN-Sicherheitsrat hatte die Mission im April für zunächst drei Monate autorisiert und die Mitgliedsstaaten um die Bereitstellung von Beobachtern gebeten. (apf)

STREIT UM GIBRALTAR

Spaniens Königin sagt Besuch in London ab

Angesichts von Spannungen wegen eines geplanten Besuchs des britischen Prinzen Edward in Gibraltar hat Spaniens Königin Sofia eine Reise zu den Feierlichkeiten zum Thronjubiläum in London abgesagt. Der Streit um Gibraltar ist immer wieder Anlass für Zank zwischen London und Madrid. Spanien hatte das felsige Gebiet im Süden des Landes an der strategisch wichtigen Meerenge zwischen Atlantik und Mittelmeer 1713 an Großbritannien abgetreten, fordert aber seit langem seine Rückgabe. (dpa)

Der grausame General

Prozess Vor dem UN-Tribunal in Den Haag verhöhnt Ratko Mladic seine Opfer

Den Haag/Belgrad Im UN-Kriegsverbrechertribunal sind die Fronten am Mittwoch und Donnerstag klar. Zum Prozessaufakt gegen den serbischen General Ratko Mladic schockiert der Ankläger mit der Schilderung grausamer Details von Völkermord und schwerster Verbrechen gegen die Menschlichkeit während des Kriegs in Bosnien-Herzegowina (1992-1995). Die nach Den Haag gereichten Angehörigen der Opfer erwarten von diesem Großverfahren, dass sie endlich ihre Schicksale bewältigen können und Genugtuung finden. Der 70-jährige Angeklagte zeigt sich aber unbeugsam, unbeherrschbar und arrogant.

Mit Gesten verhöhnt er seine Opfer, verächtlich lacht er über die ihm vorgehaltenen unfassbaren Verbrechen. Er hatte schon bei Anhörungen vor Prozessbeginn die Anklage „monströs und ekelhaft“ genannt. Und auch jetzt zum Beginn seines Prozesses ist sich der einst mächtige Militärführer der bosnischen Serben nach wie vor seiner „gerechten nationalen Sache“ sicher und keiner Schuld bewusst.

In einem Tagebuch hat er seine Verbrechen aufgeschrieben

Die vom Staatsanwalt bereits zu Prozessaufakt präsentierten Beweise wirken erdrückend. Videos mit Mladic samt seinen Offizieren, Aufzeichnungen aus seinem pedantisch geführten Tagebuch, interne Militärdokumente und vorgelesene Zeugenaussagen lassen keinen Zweifel aufkommen, dass dem bullen Militärsoldat seine Verbrechen nachgewiesen werden können.

Die vor Gericht angeführten Beweisstücke zeigen einen Mann, der sich für beinahe allmächtig hielt. Den damaligen UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali kanzelt Mladic ebenso barsch ab wie den britischen UN-Blauhelm-General Rupert Smith: „Der hat mit keine Fragen zu stellen!“ Er ist überzeugt, die Nato von Luftangriffen auf seine Stellungen abgehalten zu haben, indem er UN-Personal als Geiseln nahm und in seinem Hauptquartier und in Munitionslagern ankettete. Zuletzt hatte er sich sogar mit seinem eigentlichen politischen Vorgesetzten überworfen, dem ebenfalls vor dem UN-Tribunal angeklagten Präsidenten Radovan Karadzic.

Von Thomas Brey, dpa

Doch die eigentliche Kernfrage, die sich nicht nur die Familien der Opfer stellen, wird zu Prozessbeginn noch nicht gestellt, sie erscheint nicht in der langen Anklageschrift. Wie war es möglich, dass die schwersten Verbrechen in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg 70 Flugminuten von Wien entfernt geschehen? Warum traten die vielen westlichen Diplomaten, die ausländischen Politiker und die UN-Blauhelme so lange so defensiv, verarmlosend und nahezu verständnisvoll gegenüber den serbischen Eroberern auf?

Die wenigen westliche Soldaten mussten hilflos zusehen

„Unglücklicherweise“, sagt der Ankläger, seien die UN-Soldaten viel zu wenige gewesen, um sich gegen die Serben zur Wehr zu setzen. Er zeigt einige Videos und legt Gesprächsnotizen vor, in denen ein arroganter, unbeherrschter und laut schreiender Mladic nach Belieben mit den Blauhelmoffizieren umspringt.

Mladic hat wiederholt erkennen lassen, dass er den Westen für schwach und verweichlicht hält. Er hatte von Anfang an kalkuliert, dass die oft unter Beweis gestellte Uneinigkeit des Westens den vielen nationalen Sonderinteressen seiner serbischen Militärmaschine nichts entgegensetzen könne. Und tatsächlich wurde das Ende dieses Krieges erst erzwungen, nachdem sich die Nato und vor allem die USA zu massiven Militärschlägen gegen die Stellungen der Serben aufraffen konnten.

Wenn man aus der Distanz von mehr als 16 Jahren die Ergebnisse dieses grausamen Krieges betrachtet, fällt das Urteil mehr als bitter aus. Bosnien-Herzegowina ist wegen der tiefen Spaltung zwischen den weitgehend selbstständigen serbischen und den muslimisch-kroatischen Landeshälften nicht lebensfähig. Das Land steckt in einer Sackgasse, obwohl es mit vielen Milliarden und mit einem Heer westlicher Diplomaten und Experten unterstützt wurde.

Der Westen hatte im Krieg zu spät eingegriffen und dann mit dem Friedensvertrag einen Staat geschaffen, der auch in Zukunft keine Chancen haben dürfte.



Sein Bild geht den Angehörigen der Opfer nicht aus dem Kopf: Ein Poster in Belgrad zeigt den früheren Armeeführer der bosnischen Serben, Ratko Mladic. Die Aufnahme stammt aus dem Jahr 2006, da war Mladic noch untergetaucht. Foto: dpa

Kriegsverbrecher vor Gericht

20 Jahre nach der Unabhängigkeit von Bosnien und Herzegowina sind die Wunden des Krieges noch lange nicht verheilt. Vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag mussten sich bereits zahlreiche mutmaßliche Kriegsverbrecher verantworten.

- **Slobodan Milosevic** Der frühere serbische Machthaber wird im Juni 2001 gegen seinen Willen nach Den Haag gebracht. Er gilt als maßgeblicher Anstifter der Kriege auf dem Balkan und als mitverantwortlich für die willkürlichen Hinrichtungen in der bosnischen Stadt Srebrenica mit bis zu 8000 Toten. Milosevic stirbt vor dem Ende seines Prozesses 2006 im UN-Gefängnis an einem Herzinfarkt.
- **Radovan Karadzic** Der ehemalige bosnische Serbenführer wird im Juli

2008 gefasst. Mit stark verändertem Aussehen hatte er jahrelang als Wunderheiler unbehelligt in Belgrad gelebt. Seit Oktober 2009 muss er sich unter anderem wegen Völkermordes in Den Haag verantworten. Der Prozess läuft noch. Auch Karadzic gilt als mitverantwortlich an den Massenmorden von Srebrenica.

● **Ratko Mladic** Der ehemalige Militärführer der bosnischen Serben wird nach 16-jähriger Flucht im Mai 2011 bei einem Verwandten nahe Belgrad gefangen. Der Prozess gegen den als „Schlächter vom Balkan“ bekannten General beginnt am 16. Mai. Er soll neben Srebrenica mitverantwortlich sein für grausame Internierungslager und die jahrelange Belagerung Sarajewos mit tausenden Toten. (dpa)

Eine Stimme gegen das Vergessen

Der jüdische Historiker Arno Lustiger ist tot

Frankfurt am Main Der jüdische Historiker und Publizist Arno Lustiger ist tot. Er starb am Dienstag im Alter von 88 Jahren in Frankfurt am Main, wie die Jüdische Gemeinde bestätigte. Deutschland habe mit Lustiger eine wichtige Stimme verloren, sagte der Präsident des Zentralrates der Juden, Dieter Graumann. Auch Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) würdigte das Lebenswerk Lustigers.

Lustiger hat den Holocaust überlebt und forschte nach dem Zweiten Weltkrieg intensiv zur Geschichte des Judentums in Deutschland. Unter anderem hat er Standardwerke zum Widerstand der Juden in Deutschland von 1933 bis 1945 sowie zur Situation der sowjetischen Juden unter Stalin veröffentlicht.

Lustiger wurde 1924 im ober-schlesischen Bedzin, heute Polen, geboren. Unter nationalsozialistischer Herrschaft wurde er 1943 deportiert, überlebte Aufenthalte in mehreren Konzentrationslagern und Todesmärsche. Nach Kriegsende war er Mitbegründer der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt und wirkte als freier Schriftsteller.



Arno Lustiger

Mit seinem Cousin Jean-Marie Lustiger, der im französischen Exil zum Katholizismus konvertierte und 1981 Erzbischof von Paris wurde, begleitete Arno Lustiger 2006 Papst Benedikt XVI. bei dessen Besuch in Auschwitz. Dies sei seine schwerste Reise gewesen, die er nie habe antreten wollen, sagte Lustiger. Im Bundestag hielt er 2005 eine viel beachtete Rede zum Holocaust-Gedenktag, in der er die mangelnde historische Aufarbeitung der Todesmärsche kritisierte.

„Arno Lustiger hat sich nicht nur große Verdienste um die Rückkehr jüdischen Lebens nach Frankfurt erworben“, sagte Zentralrats-Präsident Graumann. Zugleich habe Lustiger durch seine Forschung über jüdischen Widerstand sowie über nichtjüdische Helfer, die an der Rettung von Juden im Zweiten Weltkrieg beteiligt waren, viel zur Aufklärung und Aufarbeitung des dunkelsten Kapitels Deutschlands beigetragen. Dass er den jüdischen Widerstand dem Vergessen entrissen habe, bleibe die „große Lebensleistung“ Lustigers. (epd)

Höhere Hürden?

Wahl Viele kleine Parteien erschweren das Regieren. Experten warnen dennoch vor einer Änderung der Fünf-Prozent-Klausel

VON JOSHENA DIESSENBACHER

Augsburg Mit dem Einzug der Piraten in immer mehr Landtage verändert sich die Parteienlandschaft in Deutschland. Die einen freuen sich über mehr Vielfalt in den Parlamenten, andere sehen durch die zunehmende Zersplitterung die politische Handlungsfähigkeit bedroht. Zu Letzteren gehört Roman Herzog. In einem Interview schlug der Altbundespräsident vor, die Fünf-Prozent-Hürde nach oben zu setzen. Angesichts immer mehr kleinerer Parteien werde der Bundeskanzler ansonsten „nicht mehr von einer großen Mehrheit der Bevölkerung getragen“, fürchtet Herzog.

Schon lange, spätestens aber seit dem Erfolg der Piratenpartei, wird die Zersplitterung der politischen Landschaft kontrovers diskutiert. Mit der Wahl in Nordrhein-Westfalen hat die Debatte wieder Fahrt aufgenommen. Der *Südwestrundfunk* widmete ihr sogar eine Sendung mit dem Titel „Deutschland schachtmatt – die Sechs-Parteien-Blockade“.

Im kommenden Jahr wird die Fünf-Prozent-Hürde 60 Jahre alt. 1953 wurde sie eingeführt, um den Einzug von Splitterparteien ins Parlament zu verhindern und an dort eine erleichterte Mehrheitsbildung zu ermöglichen. Anstoß dafür gaben vor allem die Erfahrungen während der Weimarer Republik, als auch kleinste Parteien im Parlament vertreten waren.

Ist die Sperrklausel wirklich nicht mehr zeitgemäß, wie Roman Herzog sagt? Muss sie nach oben korrigiert werden? Auf keinen Fall, sagt Politikwissenschaftler Jörg Siegmund vom Zentrum für angewandte Politikforschung der Ludwig-Maximilians-Universität. Herzog treibe zwar zu Recht die Sorge nach der Regierungsfähigkeit um, da das Regieren immer schwerer werde, je mehr Parteien beteiligt sind. Aber eine Anhebung der Hürde sei eine „unehrliche Änderung des Wahl-

systems quasi durch die Hintertür“ – nämlich vom geltenden Verhältniswahlrecht hin zu einem Mehrheitswahlrecht. Entscheidend im Verhältniswahlrecht sei die Erfolgswertgleichheit, also dass jede Stimme in gleichem Maß zu einem Mandat beitragen kann. „Je höher die Hürde, desto schwerer der Eingriff in die Erfolgswertgleichheit“, er-

klärt Siegmund. Eine Wahlrechtsreform à la Herzog sei zudem lediglich eine symptomatische Bekämpfung des Problems, das die etablierten Parteien umtreibt. „Die Zersplitterung sollte für die großen Parteien vielmehr ein Ansporn sein, herauszufinden, wie sie wieder mehr Rückhalt bei den Wählern bekommen“, sagt Siegmund. Im Übrigen



Das Wahlrecht

- **Verhältniswahlrecht** Hier zählt jede Stimme und hat denselben Erfolgswert. Ein Ziel des Verhältniswahlrechts, das in Deutschland gilt, ist es, dass alle gesellschaftlichen Gruppen gemäß ihres Anteils an Stimmen im Parlament vertreten sind.
- **Mehrheitswahlrecht** Die Partei, die die meisten Stimmen im Wahlkreis erzielt, erhält das Mandat, während die Stimmen für die anderen Parteien verfallen. Folge sind klare Mehrheiten. (jodi)

Quelle: Forum politische Bildung

liefern gerade Nordrhein-Westfalen ein Beispiel dafür, dass eine Regierungsbildung mit nur zwei Parteien durchaus noch möglich ist.

Roman Herzog ist nach Meinung Siegmunds ein „einsamer Rufer“; die großen Parteien würden sich hüten, der Forderung zuzustimmen. „Sie wissen, dass das bei der Bevölkerung großen Unmut bewirken würde.“ So käme es eher zu einer Aufwertung der „Kleinen“: „Viele, die bisher nur mit ihnen geliebäugelt haben, würden sie dann auch wählen, um die etablierten Parteien für die Reform abzustrafen“, prognostiziert Siegmund. Für ihn spricht ein weiterer Aspekt gegen die Anhebung der Sperrklausel: „Eine Erhöhung auf sieben oder acht Prozent würde nichts ändern, da die kleinen Parteien, siehe aktuell die Piraten in NRW, solche Ergebnisse sowieso erreichen.“ Logischerweise müsse man die Sperrklausel dann auf zehn Prozent erhöhen – ein Unding für Siegmund: „Das wäre sehr undemokratisch, denn so wird die Wählermeinung nicht mehr gerecht abgebildet.“